Ausführungsbestimmungen zum bäuerlichen Boden- und Pachtrecht (AB BGBB)

vom 26. August 2008 (Stand 1. Juli 2016)

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe n und o des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom 25. Januar 2008[1)],

beschliesst:

Art. 1 *Landwirtschaftliches Gewerbe*

[1] Als landwirtschaftliche Gewerbe im Sinne von Art. 5 Bst. a des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB)[2)] gelten landwirtschaftliche Betriebe, die mindestens ein Arbeitsaufkommen von 0,8 Standardarbeitskräften (SAK) aufweisen. *****

[2] Für die Berechnung des erforderlichen Arbeitsaufkommens in SAK gelten die Faktoren gemäss Art. 2a der Verordnung über das bäuerliche Bodenrecht (VBB)[3)]. An die SAK werden nicht angerechnet:

a. ***** …

b. bei Bauvorhaben für Wohnbauten: Flächen, die mit Bauverbot belegt sind.

Art. 2 *Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich*

[1] Als ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich beim Erwerb eines Grundstückes nach Art. 63 Abs. 1 Bst. d BGBB gilt eine Fahrdistanz von weniger als zehn Kilometer ab dem Betriebszentrum. Davon ausgenommen sind Grundstücke im Sömmerungsgebiet.

---

1) GDB 921.1
2) SR 211.412.11
3) SR 211.412.110

OGS 2008, 67

Art. 3 *Selbstbewirtschaftung*

[1] Beim Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstückes oder eines Gewerbes ist die Selbstbewirtschaftung im Sinne von Art. 9 BGBB mit einem Betriebskonzept aufzuzeigen. Ausgenommen davon sind direktzahlungsberechtigte Selbstbewirtschafterinnen oder Selbstbewirtschafter, die unmittelbar vor dem Erwerb mindestens ein Jahr ein landwirtschaftliches Grundstück oder Gewerbe bewirtschaftet haben.

[2] Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt bestimmt die Form und den Inhalt des Betriebskonzeptes.

[3] Die Selbstbewirtschaftung ist spätestens drei Jahre nach dem Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstückes oder eines Gewerbes aufzunehmen.

Art. 4 * *Wohngebäude ausserhalb der Bauzonen*

[1] Rechtmässig erstellte Wohngebäude ausserhalb der Bauzonen sowie Bauten, welche einen unmittelbaren räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit dem Wohngebäude haben, können nach Art. 60 Abs. 1 Bst. a BGBB abparzelliert und aus dem Geltungsbereich des BGBB entlassen werden.

[2] Bauten dürfen nur abparzelliert werden, sofern sie landwirtschaftlich nicht mehr benötigt werden.

[3] Die abparzellierte Fläche, miteingeschlossen die Grundfläche des Wohngebäudes und allfälliger Bauten, darf höchstens 800 m² betragen.

[4] In begründeten Fällen, insbesondere bei besonderen Parzellen- und Geländeformen oder Gebäudegrössen, kann eine Fläche von mehr als 800 m² abparzelliert und aus dem Geltungsbereich des BGBB entlassen werden.

Art. 5 *Alprechte*

[1] Alprechte als Anteils- und Nutzungsrechte an Alpen von Alpgenossenschaften oder ähnlichen Körperschaften im Sinne von Art. 5 Bst. b BGBB unterstehen nicht dem Geltungsbereich des BGBB, es sei denn, diese Rechte gehören zu einem landwirtschaftlichen Gewerbe.

Art. 6 *Übergangsrecht*

[1] Vor dem Inkrafttreten dieser Ausführungsbestimmungen eingereichte Gesuche werden, soweit mit dem Bundesrecht vereinbar, nach altem Recht beurteilt.

Art. 7 *Inkrafttreten*

[1] Diese Ausführungsbestimmungen treten am 1. September 2008 in Kraft.

[2] Sie sind dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement[4)] zu Kenntnis zu bringen. *****

Informationen zum Erlass

Ursprüngliche Fundstelle: OGS 2008, 67

geändert durch
- Nachtrag vom 20. September 2011, in Kraft seit 1. Oktober 2011 (OGS 2011, 48),
- Nachtrag vom 14. Juni 2016, in Kraft seit 1. Juli 2016 (OGS 2016, 41)

4) Art. 90 Abs. 2 BGBB

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
26.08.2008	01.09.2008	Erlass	Erstfassung	OGS 2008, 67
20.09.2011	01.10.2011	Art. 4	totalrevidiert	OGS 2011, 48
20.09.2011	01.10.2011	Art. 7 Abs. 2	eingefügt	OGS 2011, 48
14.06.2016	01.07.2016	Art. 1 Abs. 1	geändert	OGS 2016, 41
14.06.2016	01.07.2016	Art. 1 Abs. 2, a.	aufgehoben	OGS 2016, 41

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	26.08.2008	01.09.2008	Erstfassung	OGS 2008, 67
Art. 1 Abs. 1	14.06.2016	01.07.2016	geändert	OGS 2016, 41
Art. 1 Abs. 2, a.	14.06.2016	01.07.2016	aufgehoben	OGS 2016, 41
Art. 4	20.09.2011	01.10.2011	totalrevidiert	OGS 2011, 48
Art. 7 Abs. 2	20.09.2011	01.10.2011	eingefügt	OGS 2011, 48